

II-14395 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6986 13

1994 -07- 14

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits, Freundinnen und Freunde

an den Innenminister

betreffend die mangelhafte Information der Beamten des Innenministeriums über die Menschenrechtssituation in Zaire

In negativen Asylbescheiden zweiter Instanz, die von Beamten des Innenministeriums im Namen des Bundesministers für Inneres verfaßt werden, finden sich in letzter Zeit immer wieder äußerst fragwürdige Beurteilungen der politischen Situation in Verfolgerstaaten.

Offensichtlich handelt es sich bei den Behauptungen des Innenministeriums zur Situation in Verfolgerländern um Textbausteine, die je nach Staat aufgerufen werden.

Zur Situation in Zaire findet sich in den Bescheiden des Innenministeriums folgender Textbaustein: *"Aus diversen offiziellen Berichten ist der Berufungsbehörde bekannt, daß seit dem 24. April 1990 das Mehrparteiensystem in Zaire eingeführt wurde und daß bereits über 200 Parteien gegründet und auch gesetzlich anerkannt worden sind. Seit dem 24. April kann keine Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei, Volks- oder Religionsgemeinschaft behauptet werden".*

Diese Behauptungen stehen in klarem Widerspruch zu den Wahrnehmungen von Amnesty International. Über Zaire berichtet die Menschenrechtsorganisation im Jahresbericht 1994 unter anderem: *"Zahllose politische Gegner von Präsident Mobutu Sese Seko wurden ohne Anklageerhebung und Gerichtsverfahren inhaftiert; bei vielen von ihnen handelte es sich um gewaltlose politische Gefangene...Folterungen und Mißhandlungen an Gefangenen waren weit verbreitet. Es trafen erneut Berichte über das "Verschwindenlassen" von Personen ein. Das Schicksal zahlloser in den Vorjahren "verschwundener" Regierungsgegner blieb weiterhin ungeklärt. Der Machtkampf zwischen Präsident Mobutu und seinen Gegnern führte zu einer Eskalation der politischen Gewalt und hatte die Lähmung der Wirtschaft des Landes und den fast totalen Zusammenbruch von Recht und Ordnung zur Folge...."*

Auf sechs weiteren Seiten berichtet Amnesty International über die Verfolgung, Folterung und willkürliche Exekution von Menschen aufgrund ihrer Partei-, Volks- und Religionszugehörigkeit.

Da die vollständige und richtige Information der entscheidenden Behörden in Asylverfahren entscheidend für Leben oder Tod von Asylwerbern sein kann, stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

ANFRAGE:

1. **Auf welche "diverse offizielle Berichte" stützen die Beamten des Innenministeriums ihre Kenntnisse über die Lage in Zaire?**
 - a) von wem wurden diese Berichte verfaßt?
2. **Sind den Beamten des Innenministeriums die Berichte von Amnesty International bekannt?**
3. **Wie erklären Sie, daß die vom Innenministerium angeführten "diversen offiziellen Berichten" das genaue Gegenteil der Wahrnehmungen von Amnesty International darstellen?**
4. **Sind Sie bereit, alle jene negativen zweitinstanzlichen Asylbescheide, die aufgrund unzureichender Informationen Ihrer Beamten über die politische Situation in Verfolgerstaaten, insbesondere in Zaire, ausgestellt wurden, von Amts wegen zu korrigieren?**
 - a) wenn nein, warum nicht?
5. **Welche Vorkehrungen gedenken Sie zu treffen, daß Asylanträge in Zukunft nicht aufgrund von unzureichenden Informationen Ihrer Beamten negativ beschieden werden und die abgewiesenen Flüchtlinge dadurch Gefahr laufen, nach einer Abschiebung wieder verfolgt, gefoltert und hingerichtet werden?**